

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Schwerer Stand des Arbeitsministers

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1977) : Schwerer Stand des Arbeitsministers, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 2, pp. 56-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135036>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Bruno Molitor

Schwerer Stand des Arbeitsministers

Der neue Bundesarbeitsminister hat ein schweres Erbe übernommen. Zwar ist inzwischen das Tabu gewichen, das politisch über das riesige Loch in den Rentenfinanzen verhängt war. Heute wird allenthalben zugegeben, daß das Defizit bis 1980 eine Größenordnung von 85 Mrd. DM erreicht, wenn nichts geschieht. Aber das praktische Manövriertfeld für eine Sanierung bleibt nach wie vor eng: die nächste Rentenanpassung kommt, wie im Wahlkampf versprochen, Mitte 1977, und aus dem gleichen Grund soll am gegebenen Beitragssatz nicht gerüttelt werden. Neue Ideen sind da eine Mangelware erster Ordnung.

Damit nicht genug, scheint auch der jetzige Ressortchef nicht gegen den psychologischen Fehler gefeit, „Pläne“ zu verkünden, auch wenn Details noch fehlen oder offenbar die Meinungen in der Regierungskoalition noch auseinandergehen, um andererseits dann wieder wichtige Teilstücke der Öffentlichkeit nachzuliefern, wobei sich auch noch Zahlenmißverständnisse einschleichen.

All dies ist wenig dazu angehtan, das Mißtrauen abzubauen, das sich in der Bevölkerung angesammelt hat. Ohnehin macht es die besondere Crux der Rentenordnung aus, daß die wenigsten das Paragraphendickicht durchschauen, aber die meisten von den finanziellen Ergebnissen erheblich betroffen werden. Und vollends bei einer Sanierung, die diesen Namen verdienen will, hat der Arbeitsminister nichts zu bieten als schmerzliche Eingriffe.

Da hilft es wenig, sich auf der politischen Bühne in Vorwürfen zu erschöpfen und eine Art Wundermedizin zu erwarten. Was dagegen not tut, ist die Prüfung, ob das Sanierungsmesser an der richtigen Stelle angesetzt wird, damit die geplanten Eingriffe nicht nur neue Wunden aufreißen. Schließlich sind die Würfel im Parlament ja noch nicht gefallen.

Unerläßlicher Bestandteil jeder Sanierungsbemühung ist eine Reform der Reform von 1972, mindestens was den damals trotz aller Warnungen vorgezogenen Termin der Rentenanpassung betrifft. Das sollte eine teuer bezahlte Lehre sein.

Um so unverständlicher muß es erscheinen, daß man nun für die Berechnung der Neurenten in 1978 das lohnträgige Jahr 1974 unberücksichtigt lassen und dann die 1977er Lohnentwicklung mit einem Schätzwert erfassen will. Das bedeutet nichts anderes, als die Rentenformel zu manipulieren. Und was immer an vermeintlichen Begründungen dafür vorge-

bracht wird: wenn hier erst der Anfang gemacht ist, gibt es in der Zukunft kein Halten mehr.

Gute Gründe sprechen dagegen für einen Übergang zum Nettoprinzip in der Rentenanpassung; je mehr die aktiven Versicherten mit Beitrags- und Steuerabgaben belastet sind, desto problematischer wird die Bindung der Renten an die Bruttolöhne. Aber wie kann der Arbeitsminister einen solch wichtigen Schritt nur vorübergehend für die Jahre 1979/80 programmieren und dann noch den Vorwurf der Flickschusterei zurückweisen wollen?

Für Arbeitslose soll in Zukunft die Bundesanstalt in Nürnberg Beiträge zur Alterssparte zahlen: eine systemkonforme Korrektur, die auf der Habenseite des Ehrenbergschen Konzepts abzubuchen ist. Schade nur, daß das Institut der beitragslosen, aber doch rentensteigernden „Ausfallzeiten“, mit dem die Politiker früher so großzügig verfahren, nicht auch ansonsten überprüft wurde.

Ebenso ist der Absicht des Ministers zuzustimmen, in den kommenden Jahren verstärkt auf die Rücklagen der Rentenversicherung zurückzugreifen, wenn das auch durch die bisherige verfehlte Anlagepolitik technisch nicht ohne Probleme abgeht. Indes, die Regelhöhe der Rücklage schlechtweg auf eine Monatsausgabe zu reduzieren, heißt mit dem Feuer spielen; die Abhängigkeit von den Bundesfinanzen steigt noch mehr.

Der Vorschlag schließlich, die Zahlungen für die Krankenversicherung der Rentner kurzerhand auf 11% der Rentenausgaben zu kürzen, kann in der Sache nicht das letzte Wort sein. Als ob die Finanzen der Sozialen Krankenversicherung durch die eigene „Kostenexplosion“ nicht ohnehin aufs Äußerste angespannt wären! Aber das ist ein Kapitel, bei dessen nachhaltiger Bereinigung der Arbeitsminister einen noch schwereren Stand haben wird.